

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 83 (2003)
Heft: 3

Artikel: Wir brauchen die Kernenergie : ökologische und ökonomische Fakten für den Strommix
Autor: Gubser, Hans Rudolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-166848>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hans Rudolf Gubser,
geboren 1942, Dipl.
Masch.-Ing. ETH, ist
Mitglied der Konzern-
leitung der Axpo Holding
und Leiter des Ge-
schäftsbereichs Kern-
energie.

WIR BRAUCHEN DIE KERNENERGIE

Ökologische und ökonomische Fakten für den Strommix

Der Autor widerlegt die Behauptung, Kernenergie lasse sich in absehbarer Zeit problemlos durch erneuerbare Energien ersetzen.

In der ersten Hälfte der Siebzigerjahre war die Erdölabhängigkeit der Schweiz noch ausgeprägter als heute. Rund vier Fünftel der damals in unserem Land verbrauchten Energie stammte aus Erdölprodukten. Es gelang zwar in den letzten drei Jahrzehnten, die Abhängigkeit vom Erdöl etwas zu senken. Doch bei den Bemühungen, sich von dieser einseitigen Abhängigkeit zu lösen, konzentrierten sich die energiepolitischen Diskussionen rasch und stark auf die Kernenergie. Das eigentliche Ziel, vorrangig den Einsatz fossiler Energieträger abzubauen und diese auf eine ausgewogene, sichere und ökologisch vertretbare Versorgungsstruktur umzustellen, wurde durch die Kernenergie Diskussion nahezu verdrängt oder vernachlässigt. Selbst die immer mehr zur Gewissheit gewordene Vermutung vieler Wissenschaftler, dass die durch die Nutzung der fossilen Energieträger entstandenen Treibhausgase unser Klima negativ beeinflussen, vermochte bis heute nicht, die beiden festgefahrenen «Kernenergie-Lager» einander näher zu bringen. Die unterschiedlichen Auffassungen verunmöglichten nach wie vor eine konstruktive Energiepolitik in unserem Lande.

Untaugliche Alternativen

Die Gegner der Kernenergie behaupten, dass Kernkraftwerke der Nutzung von neuen erneuerbaren Energien buchstäblich vor der Sonne stehen. Diese Auffassung ist weit verbreitet. Den gegen die Kernenergie gerichteten Kreisen ist es gelungen, diese These weit in die Öffentlichkeit und in die Politik hinein zu tragen. Dass sich die neuen erneuerbaren Energien bis heute nicht durchsetzen konnten, liegt jedoch nicht bei der Kernenergie. Ausschlaggebend sind zur Hauptsache die immer noch zu hohen Kosten und deren unregelmässige Verfügbarkeit. Da als kon-

kurrenzfähige Alternative zur Kernenergie zurzeit nur die Stromproduktion aus Kohle, Gas oder Öl zur Verfügung steht, würde ein Ausstieg aus der Kernenergie unweigerlich zu einem Mehrverbrauch an fossiler Energie führen. Die Initianten der beiden Ausstiegsinitiativen geben denn auch unumwunden zu, dass der fehlende Strom – bis die Photovoltaik und Windkrafttechnik sich durchgesetzt haben – mit durch fossile Energieträger betriebenen Wärmekraftkopplungen erzeugt werden soll. Diese haben zwar eine hohe Brennstoffausnutzung, führen aber trotzdem zu höheren CO₂-Emissionen und sind sehr teuer.

Unrealistisch und teuer

Strom aus Wind- und Solaranlagen ist nur eine ergänzende Energiequelle. Dieser Beitrag vermag die Kernkraftwerke in den nächsten Jahren nicht einmal in Ansätzen zu ersetzen. Im Jahr 2001 produzierten die Schweizer Wind- und Solaranlagen rund 17 Millionen Kilowattstunden Strom. Die Schweizer Kernkraftwerke erzeugten gegen das 1500-fache, nämlich 25 300 Millionen Kilowattstunden. Der Stromanteil aus Solar- und Windenergieanlagen liegt, gemessen an der gesamten Stromproduktion in der Schweiz, bei 0,025 Prozent. Selbst der Bundesrat geht davon aus, dass Sonne und Wind bis zum Jahr 2030 lediglich 8 Prozent des Strombedarfs zu decken vermögen. Die Initianten der Ausstiegsinitiativen wollen aber schon im Jahre 2005 drei der fünf Schweizer Kernkraftwerke stilllegen. Das ist unrealistisch. Umso mehr als die Stromproduktionskosten der Schweizer Kernkraftwerke bei 4 bis 6 Rappen pro Kilowattstunde liegen. Strom aus Windanlagen kostet in etwa das Vierfache und Strom aus Solaranlagen das Zehnfache. Im heutigen wirtschaftlichen Umfeld ist das schlichtweg nicht verkraft- und verantwortbar.

Der Vorschlag, die 3200 MW Grundlastkapazität der Schweizer Kernkraftwerke durch Windenergieanlagen in der Nordsee zu ersetzen, ist nicht machbar. Die Windenergie hat bei den Kosten zweifelsohne enorme Fortschritte erzielt und hat Zukunft. Die Schweiz müsste jedoch, um ihre Kernkraftwerke zu ersetzen, eine Fläche mit Windkraftanlagen überbauen, die grösser ist als der Bodensee. Es wäre zudem vermessen zu glauben, dass uns die an die Nordsee grenzenden Länder die wirtschaftlich interessanten Standorte für eine dort umstrittene Technologie überlassen.

Mehr negative Auswirkungen

Die Folgen der Ausstiegspolitik sind absehbar: Der fehlende Strom würde aus den im Inland zu erstellenden Gaskraftwerken oder aus dem europäischen Stromnetz, wohl aus fossil befeuerten Kraftwerken (Öl, Gas, Kohle) stammend bezogen. Dies wäre eine Abkehr von unserem bewährten, treibhausgasfreien Strommix von 60 Prozent Wasserkraft / 40 Prozent Kernenergie und würde uns in unseren Bestrebungen, die anlässlich der Umweltkonferenz von Kyoto gesetzten Ziele einzuhalten, um Jahre zurückwerfen. Die im Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen vom 8. Oktober 1999 (CO₂-Gesetz) vorgesehene CO₂-Besteuerung würde in Kraft gesetzt, was für unsere gesamte Wirtschaft eine zusätzliche Belastung darstellen würde. So könnte zum Beispiel die gesetzliche CO₂-Abgabe zu einer Benzinpreiserhöhung bis zu 50 Rappen pro Liter Benzin führen.

Neue erneuerbare Energien haben durchaus ihre Berechtigung und sind daher zu fördern. Die Ziele und der hohe finanzielle Mitteleinsatz müssen aber richtig gewählt werden. Das heisst: zuerst die kostengünstigsten Technologien und ausschliesslich für den Ersatz fossiler Energieträger und sicher nicht auf Kosten der CO₂-freien Kernenergie. Die tatsächlichen Probleme und Herausforderungen unserer

.....
*Es wäre an
 der Zeit, die
 Grabenkämpfe
 rund um die
 Kernenergie-
 nutzung endlich
 zu beenden.*

Zeit liegen nämlich beim weiterhin verantwortungslosen Abbau und Verbrennen unserer fossilen Energieträger mit all ihren negativen Folgen, und nicht bei der Kernenergie. Neben den Umweltbelastungen sind die aktuell manifesten Verteilungskämpfe um die immer knapper werdenden fossilen Energieressourcen als zusätzliches Risiko einzustufen. Ein Blick auf die heutigen politischen Spannungsbereiche macht dies offensichtlich. Dass es im Irak-Konflikt um mehr als nur um die Entwaffnung eines Diktators geht, ist längst kein Geheimnis mehr.

Kein Auslaufmodell

Es wäre an der Zeit, die Grabenkämpfe rund um die Kernenergienutzung endlich zu beenden. Mit den Ausstiegsinitiativen werden neue Gräben aufgerissen. Dass die Kernenergie bei weitem kein Auslaufmodell ist, beweisen uns Finnland, die USA und einige Länder im Fernen Osten. In verschiedenen Ländern Europas wurde zwar der Kernenergieausstieg politisch beschlossen, damit aber gleichzeitig auf die lange Bank geschoben. Die vorgegebenen Ausstiegsbeschlüsse vermögen in der kernenergiekritischen Öffentlichkeit allenfalls vorübergehend etwas Ruhe zu vermitteln. Aufgrund ökonomischer und ökologischer Überlegungen wird man aber trotzdem nicht aussteigen. Das ist in Deutschland, wie auch in Schweden so und wird auch in Belgien nicht anders sein.

Was wir brauchen ist nicht ein Ausstieg, sondern eine Stärkung unseres bestehenden Strommixes. Mit 60 Prozent Wasserkraft und 40 Prozent Kernenergie sind wir gut gefahren. Strom ist nun einmal die Schlüsselenergie für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand. Daher steht heute dieser Strom auch im Mittelpunkt der Politik. Nur mit einer konsequenten Ablehnung beider Ausstiegsinitiativen kann eine sichere, vom Ausland unabhängige und umweltgerechte Stromversorgung zu tragbaren Kosten gewährleistet werden. ♦

.....
*Strom aus
 Wind- und
 Solaranlagen
 ist nur eine
 ergänzende
 Energiequelle.*
